

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung

Entgelte statt Zuwendungen: Bremen braucht flexiblere Betreuungszeiten!

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 24. Mai 2016 den Antrag der Fraktion der CDU vom 24. Mai 2016

Entgelte statt Zuwendungen: Bremen braucht flexiblere Betreuungszeiten!

zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

Mit dem Antrag soll die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. in Absprache mit den freien Trägern der Kindertagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2017/2018 die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen im Land Bremen von einer Zuwendungsfinanzierung auf eine Finanzierung durch Entgeltvereinbarungen umzustellen und dafür die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.
2. Im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses insbesondere darauf zu achten, dass eine unterjährige Aufnahme von Kindern in eine Kindertageseinrichtung möglich wird, Lösungen für Randbetreuungszeiten und die flexiblere Gestaltung der wöchentlichen Betreuungszeiten geschaffen werden und die Kinder-tagespflege in die Entwicklungen miteinbezogen wird.
3. Dem Jugendhilfeausschuss und der städtischen Deputation für Kinder und Bildung bis zum 31. Oktober 2016 einen Zwischenbericht über die Umstrukturierung vorzulegen.

Die städtische Deputation für Kinder und Bildung hat den überwiesenen Antrag in ihrer Sitzung am 19. Oktober 2016 beraten und empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) und das Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung verfolgen das gemeinsame Ziel, auf gleicher Augenhöhe die kurz-, mittel- und langfristigen Themen der Kindertagesbetreuung zu erörtern und eine gemeinsame Strategie zur Weiterentwicklung des Systems der Kindertagesbetreuung zu leisten. In diesem Zusammenhang sind auch die Frage der Finanzierungssystematik und Modelle wie die Kita-Card in die Arbeitsplanung des Bündnisses aufgenommen worden. Vertreter von SKB und Trägern der Kindertagesbetreuung haben gemeinsam ein Informationsgespräch zur Praxis des Modells Kita-Card in Hamburg durchgeführt. Es ist vereinbart, die sich aus einem solchen Modell ergebenden Einzelfragen wie Anmeldeverfahren, Gutscheinsystem, Finanzierungssystematik und andere Fragen abgeschichtet in einer Unterarbeitsgruppe des Bündnisses vorzubereiten und eine Entscheidung politisch vorzubereiten. Unter Punkt 8 des Zehn-Punkte-Papier des Bündnisses heißt es: „Entwicklung und Vorlage eines Konzepts zur Einführung eines neuen Finanzierungs- und Steuerungssystems der Kindertagesbetreuung in Bremen bis Ende 2016 unter Einbezug des Gutscheinsystems in Hamburg sowie Konzepte anderer Kommunen.“

Die Frage der Finanzierungssystematik ist sehr komplex und kann aufgrund ihrer langfristigen Wirkung nicht allein aus der derzeitigen Angebots- und Nachfragesituation beurteilt werden. Beachtet werden müssen der Vorlauf zur Einführung und Anpassung eines entsprechenden Systems, die Effekte in Wachstums-, Sättigungs- und Abwachsphasen des „Kita-Markts“, die notwendigen Rahmenbedingungen zur

Überführung des öffentlichen Trägers in eine Marktsituation sowie die alternativen Gestaltungsmöglichkeiten zur Veränderung der bestehenden Finanzierungssystematik.

All dies erfordert eine vertiefte Analyse und differenzierte Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten durch eine Expertenarbeitsgruppe.

Der Arbeitsauftrag ist an die Arbeitsgruppe Finanzierung des Bündnisses ergangen. Dort sollen Ziele, Instrumente und Maßnahmen durch die Expertise der kirchlichen und freien Träger im Zusammenspiel mit dem Eigenbetrieb KiTa Bremen erarbeitet werden, um einen politischen Entscheidungsprozess vorzubereiten. Geplant ist eine vorbereitende Arbeitsgruppe mit Fachleuten, die Empfehlungen für die Unterarbeitsgruppe Finanzierungssystematik und das Plenum bis Dezember 2016 vorlegt.

In diesem Zusammenhang können auch Möglichkeiten der flexibleren Betreuungszeiten im Sinne von Beschlusspunkt 2 des Antrags erörtert werden. Den zuständigen Gremien, hier insbesondere dem Unterausschuss der Deputation, wird dazu regelmäßig berichtet.

Beschlussempfehlung:

Ablehnung.

Zusammenfassende Begründung:

Durch fortschreitendes Handeln werden die Forderungen gegenwärtig schrittweise abgearbeitet und zur politischen Entscheidung der städtischen Deputation vorgelegt.